

Flucht zurück nach vorn: die Erosion des Leistungsprinzips und seine neoliberale Simulation

Schatz, Holger

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schatz, H. (2006). Flucht zurück nach vorn: die Erosion des Leistungsprinzips und seine neoliberale Simulation. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 3001-3011). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-143220>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Flucht zurück nach vorn. Die Erosion des Leistungsprinzips und seine neoliberale Simulation

Holger Schatz

Die Frage, die Folgendem zugrunde liegt ist eine altbekannte: Was hält eigentlich eine Gesellschaft zusammen, die auf Konkurrenz basiert, was bringt die Verlierer im Wettlauf um Einkommen, Arbeit und Anerkennung dazu, ihren jeweiligen Status zu akzeptieren? Neben vielfältigen Formen der Repression sind hier jene Vorstellungen zu nennen, die Ausbeutung und Unterordnung als gerecht erscheinen lassen: Die Statusposition ist gerecht, weil Frau eine Frau, der Sklave als Sklave geboren ist, vor allem aber, und das ist die moderne Konzeption legitimer Ungleichheit: Der Status ist gerecht, weil er durch gute oder schlechte, *in jedem* Falle aber, individuell zurechenbare Leistung zustande gekommen ist: Das ist das Leistungsprinzip, dass im Idealfall auch eine stark polarisierte Gesellschaft stabil hält (Offe 1970; Dröge/Neckel/Somm 2004; Schatz 2004).

Es soll nun gezeigt werden, warum die neoliberale Intervention, die infolge der rot-grünen Wende nach 1998 mit Verspätung nun auch in Deutschland erfolgreich durchgebrochen ist, als eine Reaktion auf eine sich immer weiter zuspitzende Krise des Leistungsprinzips anzusehen ist. Das klingt zunächst absurd, denn zum einen ist schwerlich ein Zentrum politischer Steuerung auszumachen, das gewissermaßen die Signale eines Frühwarnsystems in strategische Politik übersetzt. Und zum andern gibt es keinen nennenswerten Aufbruch, der eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität der entwickelten Gesellschaften darstellt. Ich möchte dennoch zeigen, weshalb von einer politischen Krisenbewältigung, weshalb von der »Krise des Leistungsprinzips und seiner neoliberalen Rekonstruktion« gesprochen werden kann. Zunächst werde ich kurz auf die Genese des Leistungsprinzips eingehen (1), um dann die soziökonomischen Entwicklungen zu skizzieren, die nahe legen, dessen Krise zu diagnostizieren (2). Vor diesem Hintergrund lässt sich dann die neoliberale Praxis als eine mehr oder minder erfolgreiche, letztlich umso repressivere »Simulation« des Leistungsprinzips deuten, die im Effekt eine »konservative Revolution neuen Typs« darstellt (3). Abschließend werden einige Voraussetzungen des Erfolgs dieser Rekonstruktion benannt, etwa die Kompatibilität des Leistungsprinzips mit der zunehmenden Attraktivität der Vorstellung vom Markt als Garant von zivilisatorischen Errungenschaften wie das der individuellen Autonomie (4).

1. Die Durchsetzung des Leistungsprinzips

Die liberale Basisbehauptung, wonach ein jeder seines eigenen Glückes Schmid sei, war von Beginn an umkämpft. Kaum hatte es sich als erfolgreiches Instrument eines antiständischen Aufbruchs in der französischen Revolution bewährt, richtete ein selbstbewusster werdendes Proletariat die Norm gegen ihre Urheber. Hatte nicht ihr Urvater, John Locke bereits 1690 begründet, dass und warum Eigentum nur das Ergebnis eigener Arbeit sein könne. Wie aber ist dann die Ausbeutung unbezahlter Mehrarbeit durch die Käufer der Ware Arbeitskraft, die Unternehmer, zu rechtfertigen? Dieser innere Widerspruch motivierte zwei Varianten der Abkehr vom Leistungsprinzip. Radikale Frühsozialisten um Louis Blanc proklamierten »jeder nach seinen Bedürfnissen, jedem nach seinen Fähigkeiten« (Pankoke 1990). Marx wies im Anschluss daran nicht nur die Genese des Leistungsprinzips aus jenen Denkformen nach, welche die kapitalistische Warenproduktion den in ihr Befangenen nahe legt, sondern kritisierte die Repressivität gerade auch eines verwirklichten Leistungsprinzips, schließlich anerkenne es »die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien« (Marx 1971:15).

Eine ganz andere Kritik findet sich bis heute bei jenem Strang des Liberalismus, wie er im 20. Jahrhundert vor allen Dingen von Friedrich Hayek verkörpert wird (Krädtke 2003: 159). Maßgeblich ist hier der Glaube, gänzlich auf eine normative Legitimierung von Gewinnen verzichten zu können, die auf individuelle Leistung abstellt. Doch das Motto: »Wer hat, der hat es verdient, weil er es hat« konnte sich ebenso wenig durchsetzen, wie eine Kritik, die danach fragt, warum es überhaupt ökonomische Statusunterschiede gibt bzw. geben soll.

Beflügelt von den vielschichtigen Wirkungen einer heimlichen diskursiven Allianz zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung konsolidierte sich das Leistungsprinzip noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Bürger erkannten es an, indem sie nunmehr das Kapital und die Unternehmertätigkeit als Quelle der Wertschöpfung deuteten (Brentel 1989: 19f.) und die Arbeiterbewegung lieferte das Rezept, mit dessen Hilfe es sich auch über Krisen hinweg immer wieder erneuern sollte: Die Kritik an der Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit.

Es wären noch ganz andere Stabilisatoren des Leistungsprinzips anzusprechen, etwa die antisemitische Projektion unverdienten Reichtums auf die Juden, die auf barbarische Weise ihrerseits von der Empörung über die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit zehrte (vgl. Schatz/Woeldike 2001). Vor allen Dingen aber wurde das Leistungsprinzip paradoxer Weise lange Zeit vom hartnäckigen Fortwirken traditioneller Wertvorstellungen flankiert und dadurch gewissermaßen entlastet. Dieser Zusammenhang lässt sich gerade in Phasen von Massenarbeitslosigkeit nachweisen, in denen der Glaube an das Leistungsprinzip zu erodieren droht (Schatz 2004).

2. Das Reichtumsparadox und die Erosion des Leistungsprinzips

Hiermit ist schon einer der Gründe angesprochen, weshalb es nun im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zur Krise des Leistungsprinzips kommt. Je weniger Frauen etwa bereit sind, die Sistierung des Leistungsprinzips bei der Zuweisung ihrer Positionen im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung stillschweigend hinzunehmen, je weniger Religion oder »Nation« gemeinsam geteilte Werte zu generieren imstande sind, desto mehr kommt es gewissermaßen zu einer Überforderung des Leistungsprinzips, das nun auf sich allein gestellt die Integration der Gesellschaft sicherzustellen hat. Ich konzentriere mich im Folgenden jedoch auf den sozioökonomischen Kontext der Erosion des Leistungsprinzips, und zwar auf die zunehmende Entkopplung des Reichtums von der Arbeit im Verein mit den nicht intendierten Folgen des fordistischen Klassenkompromiss in Gestalt der dekommodifizierenden Wirkungen des Sozialstaates.

Was sich im Phänomen der Arbeitslosigkeit heute ausdrückt, ist nichts anderes als die zunehmende Emanzipation des Wertes von der Arbeit, die bereits Marx als den zentralen inneren Widerspruch der kapitalistischen Reichtumsproduktion bestimmt hatte (1953: 593). Was ist damit gemeint? Zentrales Charakteristikum der kapitalistischen Dynamik ist die Konkurrenz der einzelnen Unternehmungen, infolge derer es zu einer permanenten Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung und Innovation kommt. Auf diese Weise schwindet der Anteil unmittelbar angewandter Arbeit im Verhältnis zur Technik, Wissenschaft, und Maschinerie. Marx nennt dies die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, des Verhältnisses von lebendiger zu toter Arbeit (1993: 640). Während in der Konsequenz dieser Entwicklung der stoffliche Ausstoß der Produktion, die Gütermenge etc., immer weiter ansteigt, sinkt – relativ betrachtet – paradoxerweise die Profitrate pro Produktions- bzw. Investitionseinheit, weil ja die Vernutzung von Arbeit im Produktionsprozess die Quelle des Mehrwerts darstellt (Marx 1978: 52). Es entsteht ein Teufelskreis, eine Kluft zwischen stofflichem Reichtum und Wert, die sich heute in den Phänomenen der Überproduktion, unausgelasteter Produktionsstätten und überakkumuliertem Kapital ausdrückt. Lange Zeit wurde diese Kluft dadurch überbrückt, dass einfach eine absolute Ausweitung der Produktion das Fallen der Profitrate kompensiert oder gar überkompensiert hat (Kurz 1995: 17).

Für die Betrachtung des Leistungsprinzips ist es zwar unerheblich, ob und wann dieser Widerspruch die kapitalistische Akkumulation von innen heraus zusammenbrechen lässt. Entscheidend ist aber, dass die Entkoppelung von Wert und stofflichem Reichtum, von Wert und Arbeit, wahrnehmbare Phänomene erzeugt, die von sich heraus nicht mehr in der Lage sind, jene Anschauungen zu produzieren, die dem Leistungsprinzip entsprechen. Es waren jene Mystifikationen, wie sie vor allen Dingen dem liberalen Frühkapitalismus mit seinen massenhaft Arbeitskraft einsau-

genden Fabriken und Waren tauschenden Produzenten entsprachen (Offe 1970: 44). Produkte, Löhne, Gewinne und Arbeitszeit schienen deutlich in einem Zusammenhang zu stehen, auch wenn niemand so recht wusste in welchem. Aber auf dieser Grundlage ließen sich Kämpfe um gerechte Löhne beispielsweise überhaupt erst führen.

Die Arbeitswelt heute sieht anders aus. Dort wo die Warenproduktion noch der lebendigen Arbeit bedarf, ist der Grad der Arbeitsteilung und Verwissenschaftlichung der Produktion derart angestiegen, dass eine Zurechnung der Ergebnisse auf individuelle Anstrengung schlechterdings unmöglich ist. Arbeitsteilung und Verwissenschaftlichung (die ja nichts anders ist als vergangene kollektive Arbeit) sperren sich kategorial gegen das Eigentums- und Leistungsprinzip (Oevermann 2001: 24). Ein prominenter Ausdruck davon stellt ja übrigens das Problem dar, digitale Produkte wie Software und CDs künstlich zu verknappen, um sie der Waren- und Eigentumsform zugänglich zu machen (Meretz 2003).

Wer überhaupt noch entlohnte Arbeit verrichtet, tut dies zunehmend im Dienstleistungsbereich. Zwar ist dieser auf vielfältige Weise mit der Produktion von Gütern verbunden, denken wir etwa an deren Bewerbung und Verkauf. Auch lassen sich viele Dienstleistungen durchaus warenförmig organisieren, so dass auch hier Marktpreise Ergebnisse liefern, die ja dann wieder auf Einsatz und Anstrengung zurückgeführt werden können. Doch gerade die extreme Ausdehnung von Dienstleistungsarbeit im Bildungssektor, im öffentlichen Dienst oder im Sozialwesen, bewirkte vor allen Dingen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur eine Ausweitung der Staatsquote. Sie brachte massenhaft Arbeitsformen hervor, deren Eigenlogik eine Bewertung der Arbeitsleistung über Marktpreise ausschloss. Dadurch wurde nicht zuletzt eine Entwicklung zugespitzt, die aufgrund des Klassenkompromisses bereits in der industriellen Warenproduktion wirksam wurde: Löhne und Gehälter stehen in einem immer vermittelteren Verhältnis zum Markt und dessen Preismechanismen und werden immer mehr zum Gegenstand politischer und kultureller Entwicklungen.

Die bisher referierte ökonomisch induzierte Demoralisierung des Leistungsprinzips verbindet sich nun mit einer Entwicklung nicht intendierter Wirkungen des sogenannten fordistischen Sozialstaates, wie er vor allen Dingen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in allen frühindustrialisierten Ländern in unterschiedlicher Ausprägung anzutreffen ist. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich hier keine normative Debatte lostreten möchte, in der es nur mehr darum geht, den Sozialstaat zu verteidigen oder zu verteufeln. Es geht um eine dialektische Betrachtung der Funktionalität des Sozialstaates hinsichtlich der psychosozialen Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft unter dem Aspekt des Leistungsprinzips. Die repressive Seite des Sozialstaates dürfte schnell skizziert sein. So wie das Kapital insgesamt einer Steuerung durch den Staat bedarf, weil es aufgrund seiner bornier-

ten einzelbetrieblichen Perspektive die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Existenz nicht selbst produzieren kann und will (Militär, Polizei, Infrastruktur), ist auch die Verfügbarkeit von ausreichend disziplinierter und vom eigenen Verkauf abhängiger Arbeitskraft an eine sozialstaatlich flankierte Sozialisation gebunden. Wie wir von Marx, Foucault und andern wissen, steht am Anfang dieser Entwicklung das Arbeitshaus und die absolutistische Polizei, die dem nackten Zwang der stummen Verhältnisse, also des Marktes nachhelfen muss. Wir erfahren hier auch, wie sich dieser Zwang nun immer mehr als Selbstzwang in die zu Subjekten gewordenen Individuen hineinverlagert. Weil aber diese Verinnerlichung immer wieder durch Eigensinn und Klassenkämpfe gebrochen wird, und weil sich zugleich der bloße Verschleiß an Arbeitskraft zunehmend kontraproduktiv auf eine sich modernisierende Produktion auswirkt, setzte gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein Prozess vielfältiger Dekommodifizierungen ein. Dekommodifizierung der Arbeitskraft heißt, sie dem Wirken des Marktes ganz oder teilweise zu entziehen. Das beginnt bei der bereits erwähnten Sistierung von Marktpreisen als Kriterium für Löhne und Gehälter durch Subventionierung und Quersubventionierung ganzer Branchen, durch Flächentarife, die dafür sorgen, dass Löhne für bestimmte Gruppen kollektiv festgelegt werden. Das geht weiter über die vielfachen Verzerrungen der Primäreinkommen durch eine Steuerprogression, durch Wohngeld etc. Last not least geht es um die diversen Lohnersatzleistungen, wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc. Diese als Dekommodifizierung bezeichnete Praxis findet in Deutschland seinen Ausdruck in einer im Vergleich extrem hohen Arbeitsproduktivität und damit einer extrem niedrigen Erwerbsquote, also dem Anteil der Erwerbstätigen im Verhältnis zu den sogenannten erwerbsfähigen Erwachsenen (Miegel 2003: 123). Als sich Ende der 1960er Jahre und den Jahrzehnten danach vielfältige Formen von Arbeitsverweigerung hinzu gesellten, schien die Republik nur mehr aus sich endlos ausbildenden Schülern und Studenten, aus immer jüngeren Rentnern oder faulen Beamten zu bestehen. Auch wenn die vermehrt einsetzenden Horrorszenarien vom Freizeitpark Deutschland maßlos überzeichnet waren: Nach Maßgabe des liberalen Verständnisses des Leistungsprinzips, wonach ein/e jede/r nur nach dem tatsächlichen oder erwarteten Preis den Platz beziehen soll, den er oder sie durch den Verkauf seiner Arbeitskraft am Markt erzielen kann, handelt es sich bei der deutschen Gesellschaft um eine »deformierte«, so der Titel des gleichnamigen Buches von Meinhard Miegel (ebd.). Die Deformation der Gesellschaft besteht also darin, dass sich Menschen – aus welchen Gründen auch immer – anmaßen, das Leistungsprinzip nach ihrem Gusto anzuwenden und ihr Anspruchsniveau nicht an ihrem Marktwert zu orientieren.

Die Brisanz dieser Deformierung liegt also nicht darin, dass sie Ausdruck etwa eines revolutionären Bewusstseins ist, sondern darin, dass sie die ökonomische Entwicklung nachvollzieht: Die immer deutlichere Abkoppelung des Reichtums

von der Arbeit verdeutlicht, dass ein gutes Auskommen nicht an individuell geleistete Arbeit gekoppelt sein muss und müsste.¹ Weil dieser Zusammenhang freilich beschwiegen werden muss, kommt es nun zur extremen Zuspitzung jener Schizophrenie, die der liberal-konservativen Kritik am Werteverfall stets zu Eigen ist. Indem dieser den Menschen, nicht aber den objektiven Strukturen zugerechnet wird, wird die Kritik umso repressiver, je unhaltbarer ihr Gegenstand wird. Der autoritär-paternalistische Umgang mit den Arbeitslosen, die mal als Opfer eines zu großzügigen, gängelnden Sozialstaates, zumeist jedoch als bildungsunwillige, unflexible und faule Urheber ihres eigenen Schicksals erscheinen, ist nur das augenscheinlichste Beispiel einer absurden Flucht zurück nach vorn.

3. Die neoliberale Simulation

Inwiefern zielt nun der neoliberale Umbau auf eine Bearbeitung der Krise des Leistungsprinzips? Um zwei Missverständnissen zu begegnen: Neoliberalismus hat nicht mit einer niedrigen Staatsquote zu tun, weshalb die Frage mehr oder weniger Staat hierfür unerheblich ist. In der Regel leisten sich neoliberale Staaten eine extrem starke Exekutive, ein ausgebautes Gefängnis- und Militärwesen, ja sie müssen es sich leisten. Es geht auch nicht um die Frage mehr oder weniger Sozialstaat, sondern darum, auf was die staatliche Intervention zielt und welcher Logik sie folgt. Neoliberalismus ist demnach die tendenzielle Zielorientierung aller staatlichen Maßnahmen auf Marktgängigkeit, also Kommodifizierung und damit auf eine totale Responsibilisierung (Krasmann 2000) der Individuen: *Jeder ist immer und für alles verantwortlich, weil jeder auch alles zu verantworten hat, wie und weil es eben an Zielmargen, Preisen, Kennzahlen und Körpergewichtsangaben ablesbar ist.* Die vielfältigen Aspekte, die ich im Ergebnis einer diskursanalytischen und ideologiekritischen Auswertung der Reformpolitik gewonnen habe, lassen sich auf zwei Felder verteilen, die sich wechselseitig verstärken: Das der Simulation durch Fakten und das der Simulation über Diskurse.

¹ Diese Abkopplung zeitigt verschiedene wahrnehmbare Ebenen, zu denen etwa das Phänomen der zunehmend an Bedeutung gewinnenden Erbschaften zu zählen ist (Beckert 2003).

Rekonstruktion des Leistungsprinzips Lei stungs prin zip [<i>das</i>] Status ist Ausdruck von Leistung und nicht von Geburt, Herkunft <i>Simulation durch Fakten</i> ↔ <i>Simulation über Diskurse</i>	
Workfare Re-Kommodifizierung Ich-AG Niedriglohnsektor Simulation von Arbeit Gemeinnützige Arbeit/Ein-Euro-Jobs »Weiterbildung« Bewerbungszwang Bewertung der Arbeitskraft »reine« Löhne Vermarktlichung (Finalisierung), Verbetrieblichung und Individualisierung der Leistungsentlohnung (Erosion der Tarifbindung) Zunahme der Lohnspreizung Subjektivierung von Arbeit Zunehmender Zwang, »Subjektivität« in die Arbeit und die Anpreisung der Arbeitskraft einzubringen Individualisierung sozialer Absicherung	Semantische Verschiebungen Kapital/Arbeit → Insider/Outsider Umverteilung als Entschädigung → Umverteilung als Mildtätigkeit Gleichheit im Ergebnis → Gleichheit am Start Leugnung der »Möglichkeiten« Ideologie der Knappheit Wachstumsfetischismus Egalitarismuskritik Pathologisierung des Neids Kritik relationaler Gerechtigkeit Ermächtigung (empowerment) »Chancen und Risiken« »Anerkennung/Teilhabe« durch Arbeit »Individualität« durch Wettbewerb »Kritik« der Realität des Leistungsprinzips »Entlarvung« der leistungsfernen Rekrutierung der Eliten sowie Beamtenkritik → Forderung nach Chancengleichheit Antidiskriminierungsgesetze

Abbildung 1: nach Schatz 2004: 296.

Bei den Diskursen konzentriere ich mich an dieser Stelle auf die im neueren Arbeitslosigkeitsdiskurs so charakteristische Konstruktion eines Interessengegensatzes zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, die nicht selten eine vermeintliche Fürsprache für die Arbeitslosen nach sich zog. Die partei- und lagerübergreifende Koa-

lition zur »Reform des Arbeitsmarktes«, wie sie mit den Hartz-Gesetzen 2003 vollzogen wurde, einte das Plädoyer für mehr »Chancengleichheit«, die durch die Kombination von Leistungskürzungen für die arbeitslosen »Outsider« mit dem Privilegienabbau für die lohnarbeitenden »Insider« gewährleistet werden sollte. Die entsprechenden Argumentationsfiguren, die häufig auch in linksliberalen, gewerkschaftsnahen oder soziologischen Publikationen vernommen werden können (vgl. Schatz 2005), lassen sich in die Reihe von Versuchen einordnen, einen ganz bestimmten Stachel in der semantischen Konstitution des fordistischen Sozialstaates zu ziehen. Dieser beruhte in gewisser Weise auf dem Eingeständnis, dass die Liberalen und Konservativen lange Zeit hinnehmen mussten: Die Anerkennung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit und der Notwendigkeit des Ausgleichs für eine Produktionsweise, die zwar effektiv, aber auch sehr hart ist und deshalb gewissermaßen die Bringschuld der Entschädigung impliziert. Der Sozialstaat fußte demnach damit nicht nur auf dem Eingeständnis, dass ein gesellschaftlich produzierter Reichtum privatpartikular angeeignet wird, sondern auch, dass das einzelne Schicksal hochgradig dem Zufall geschuldet ist und deshalb geschützt werden müsse. Sozialleistungen standen damit für ein Recht, auf das man Anspruch hat und nicht für das willkürliche Produkt philanthropischer Mildtätigkeit. Ausdruck dieser Semantik war der recht sympathische Liberalismus eines John Rawls, der nicht zufällig heute von den Neoliberalen als Gewährsmann fallengelassen wird (Schatz 2004).

Die hier nur exemplarisch skizzierte diskursive Rekonstruktion des Leistungsprinzips korreliert mit einer Fülle von ganz handfesten »Reformen« und Veränderungen in und außerhalb der Arbeitswelt, die geeignet sind, die oben beschriebenen Einschränkungen der Warenförmigkeit der Arbeitskraft tendenziell wieder zurück zu nehmen. Das bedeutet zunächst ganz grundsätzlich die sukzessive Zwangsorientierung potentiell jeder Arbeitskraft auf den Markt, die lange vor Hartz IV begonnen hat (Brütt 2001). Innerhalb der Arbeitswelt geht es darum, sämtliche Verzerrungen der Löhne durch markferne Prozesse wie Subventionen, Lohnzuschüsse, Tariflöhne etc. rückgängig zu machen. Es gibt zahlreiche industriesoziologische Studien, welche die Zunahme der direkten Bindung von Arbeitsprozessen an das Marktergebnis, schließlich eine »Finalisierung des Leistungsbegriffs« (Sauer 2003: 263, GMH 5) konstatieren. Warum wird dadurch das Leistungsprinzip rekonstruiert? Die These für die linke Spalte geht in Anlehnung an die Marx'sche Ideologiekonzeption davon aus, dass die reale Organisation der Verhältnisse, in diesem Fall der Arbeitsverhältnisse bestimmte Anschauungen über sie nahe legen. In diesem Fall heißt das, dass die neoliberale Vermarktlichung besser geeignet ist, die Plausibilität des Leistungsprinzips zu sichern.² Wer direkt im Anschluss an seine

² Es muss also von einer neoliberalen Rekonstruktion des Leistungsprinzips durch eine Vermarktlichung des Leistungsprinzips gesprochen werden. Die Vermarktlichung des Leistungsprinzips, in-

Arbeit durch Marktpreise seinen Lohn bezieht, glaubt an einen Zusammenhang, denn Preise erscheinen als objektivierbare Größe.

4. Neoliberalismus als konservative Revolution neuen Typs

Wie aber ist zu erklären, dass ausgerechnet zu einer Zeit wachsender Kontingenz und verbreiteter Ohnmachterfahrungen die Losung *jeder ist seines eigenen Glückes Schmied* derart unwidersprochen bleibt, dass von einer »neoliberalen Hegemonie« (Hirsch 1995: 131) gesprochen werden kann. Es geht hier um eine veritable Besetzung des Freiheits- und Individualismusbegriffs durch den Neoliberalismus, der sich jene ideologische Verkehrung geschickt zu eigen gemacht hat, infolge derer der Markt als Garant von Freiheit erscheint.

Es kann als gemeinhin anerkannt gelten, dass in der Moderne die Autonomie-spielräume des Individuums gestiegen sind. Der Liberalismus führt dies allein auf die Existenz von Marktbeziehungen zurück, da nur diese die Unabhängigkeit von personaler Herrschaft garantieren, weil Geld und Kapital bekanntlich indifferent gegenüber der Herkunft der Personen sind. In Wirklichkeit ist es jedoch genau die Aussetzung der Marktlogik infolge jenes Modernisierungsprozesses, den die Soziologie als Differenzierung und die Systemtheorie als funktionale Differenzierung beschreibt. Der Grundgedanke ist simpel. Die gesellschaftliche Wirklichkeit spaltet sich je nach Begrifflichkeit in verschiedene Sphären, Systeme oder Felder auf. Jedes dieser Felder folgt einer eigenen Logik und hat eine eigene Währung. Genau das eröffnet Spielräume, denn wer in einem Feld schlechte Stiche macht, kann diese Hypothek wie ein Rucksack vor Eintritt in das nächste Feld einfach ablegen. Was heißt das auf ökonomische Prozesse bezogen? Knappes ökonomisches Kapital führt im Idealfall nicht dazu, dass die Türen zu anderen Feldern automatisch verschlossen bleiben. Das ist natürlich eine idealtypische Beschreibung, die stets den Einfluss des Systems Geld verharmlost (vgl. Deutschmann 1999: 50). Aber die Spielräume gibt es und niemand wird sie missen wollen. Es lässt sich nun aber sowohl logisch, wie auch empirisch belegen, dass diese Effekte nicht auf der Existenz des Marktes, sondern auf der Freiheit vom Marktzwang gründen. Diese Freiheit ist Resultat einer halbwegs gelungenen Differenzierung, die in kapitalistischen Gesell-

folge derer weniger die Leistung im Sinne von Mühe und Einsatz als vielmehr von Erfolg bestimmt wird, wäre in dieser Lesart als Reaktion auf die (ökonomisch induzierte) Krise des Leistungsprinzips zu bestimmen, nicht als deren Ursache, wie es in neueren soziologischen Debatten nahe gelegt wird (vgl. Dröge/Neckel/Somm 2004). Damit ist allerdings nichts darüber ausgesagt, wie nachhaltig diese Rekonstruktion von Erfolg gekrönt sein wird. Vieles spricht dafür, dass diese auch als Simulation zu bezeichnende Problembearbeitung eher krisenverschärfend wirken wird (vgl. Schatz 2004).

schaften stets gegen die Marktlogik durchgesetzt werden muss. Die veritable diskursive Leistung des Neoliberalismus besteht nun darin, die Freiheits- und Anonymisierungseffekte, die historisch betrachtet gerade auf diese Teilsistierung des Marktes zurückgeht, als Effekt des Marktes umgedeutet zu haben. Nicht dieser steht heute für Konservatismus und Modernisierungsfeindlichkeit, sondern der Sozialstaat. Mit der Durchsetzung der neoliberalen Politik aber, schwindet das Differenzierungsniveau der modernen Gesellschaften und damit die Freiheitsspielräume zumindest für diejenigen, die nicht über das nötige Geld verfügen. Geld wird (wieder) zur Leitwährung in nahezu allen Feldern (Schroer 2004).

Das ist der Grund warum vom Neoliberalismus als einer »konservativen Revolution neuen Typs« gesprochen werden kann, ein Terminus, der beiläufig von Pierre Bourdieu verwendet wurde (1998), ohne ihn konsequent zu bestimmen: Ein erreichtes Niveau an Zivilisation wird zurückgefahren, ganz gleich ob intendiert oder als Effekt. Das neuerdings auch wieder sichtbare Zusammengehen von liberalen und konservativen Werten ist kein Zufall. Wer die Differenzierung zurücknimmt, muss die Reproduktion der Gesellschaft zwangsweise der Familie, der Frau, der Community und ihrer sozialen Kontrolle überlassen. Gegen ein erreichtes und noch weiter erreichbares Niveau an Modernität, für das in unserem Zusammenhang eben das anspruchsvoll gewordene Individuum steht, das mehr will als ihm eigentlich zusteht, das sich quasi versteckt und unter Umgehung des Leistungsprinzips Auskommen erheischt, gegen diese Modernität richtet sich der Neoliberalismus und darin gleicht er der konservativen Revolution zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Hier wie dort ist es der verweichlichte Bürger, der die Härte des als Prüfung verstandenen Kampfes mit der Natur scheut. Diese Deformation, diese Entfremdung von der Natur, soll heute nicht mehr in Ernst Jüngers Schützengraben, sondern auf dem Markt, im Wettbewerb therapiert werden. Was sich euphemistisch als Modernisierungsschub geriert, zielt in Wirklichkeit auf eine Regression der Subjektivität. Das Hineingeworfen-Werden in den Wettbewerb einer Ökonomie des Mangels und der Angst, unterwirft das Subjekt unter das Diktat der Lebensnot, Brecht zufolge der ersten Voraussetzung für Unfreiheit und Dummheit.

Literatur

- Brentel, Helmut (1989), *Soziale Form und ökonomisches Subjekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie*, Opladen.
- Bourdieu, Pierre (1998), »Kapitalismus als konservative Restauration«, *Die Zeit*, 22. Januar 1998, <http://www.home-moderne.org/societe/socio/bourdieu/BkapitaD.html> (18.11.2004).

- Brütt, Christian (2001), »Neoliberalismus plus«, Re-Kommodifizierung im aktivierenden Sozialstaat«, in: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg, S. 265–283.
- Deutschmann, Christoph (1999), *Die Verbeißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus*, Frankfurt a.M./New York.
- Dröge, Kai/Neckel, Sighard/Somm, Irene (2004), »Welche Leistung, welche Leistungsgerechtigkeit? Soziologische Konzepte, normative Fragen und einige empirische Befunde«, in: Berger, Peter A./Schmidt, Volker H. (Hg.), *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung*, Wiesbaden, S. 137–164.
- Hirsch, Joachim (1995), *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin/Amsterdam.
- Krasmann, Susanne (2000), »Gouvernementalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise«, in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.), *Gouvernementalität. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M., S. 194–226.
- Kurz, Robert (1995), »Die Himmelfahrt des Geldes. Strukturelle Schranken der Kapitalverwertung, Kasinokapitalismus und globale Finanzkrise«, *Krisis*, 16/17, auch: <http://www.exit-online.org/html/autoren.php> (28.02.2005).
- Marx, Karl (1953), *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (Rohentwurf), MEW 42, Berlin.
- Marx, Karl (1971), *Kritik des Gothaer Programms*, Peking.
- Marx, Karl (1978), *Das Kapital*, Bd.3, MEW 25, Berlin.
- Marx, Karl (1993), *Das Kapital*, Bd.1, MEW 23, Berlin.
- Meretz, Stefan (2003), »Freie Software. Über die Potenziale einer neuen Produktionsweise«, *Widerspruch*, Jg. 45, H. 3, S. 55–59.
- Miegel, Meinhard (2003), *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*, Ulstein.
- Oevermann, Ulrich (2001), »Die Krise der Arbeitsgesellschaft«, in: Becker, Roland u.a. (Hg.), *Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung: kulturspezifische Ausformungen in den USA und Deutschland*, Konstanz, S. 19–38.
- Offe, Claus (1970), *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit*, Frankfurt a.M.
- Pankoke, Eckhardt (1990), *Die Arbeitsfrage*, Frankfurt a.M.
- Sauer, Dieter (2003), »Die neue Unmittelbarkeit des Marktes. Arbeitspolitik im Dilemma«, *Gewerkschaftliche Monatshefte GMH*, H. 5/2003, S. 257–267.
- Schatz, Holger (2004), *Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion*, Münster.
- Schatz, Holger (2005), »Die Rückkehr der sozialen Frage und die Ungleichheitsforschung«, Sammelbesprechung, *Soziologische Revue*, H. 2.
- Schatz, Holger/Woeldike, Andrea (2001), *Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion*, Münster/Hamburg.
- Schroer, Markus (2004), »Zwischen Engagement und Distanzierung. Zeitdiagnose und Kritik bei Pierre Bourdieu und Niklas Luhmann«, in: Nassehi, Armin/Nollmann, Gerd (Hg.), *Bourdieu und Luhmann. Ein Theorievergleich*, Frankfurt a.M., S. 233–270.